

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal M. 2,50.

### Inhalt:

	Seite		Seite
<b>Arbeiter und Arbeiterinnen!</b>		<b>Arbeiterbewegung.</b> „Gewerkschaften und Partei-	
<b>An der Wende des zweiten Kriegsjahres</b>	329	<b>streit.</b> — Zur Entgegnung. — Aus den deutschen	
<b>Gesetzgebung und Verwaltung.</b> Eine Verpflichtung zur	330	<b>Gewerkschaften</b>	333
<b>Leistung von Erntearbeit</b>		<b>Lohnbewegungen.</b> Die Lohnbewegungen des deutschen	
<b>Kriegsfürsorge.</b> Arbeitsgemeinschaften und Berufsbe-	332	<b>Bauarbeiterverbandes im Jahre 1918</b>	335
<b>ratungsstellen</b>	332	<b>Mitteilungen.</b> Für die Verbandsexpeditionen	336

## Arbeiter und Arbeiterinnen!

Der langandauernde Krieg lastet schwer auf allen Völkern; die Opfer sind gewaltig und an die Spannkraft des einzelnen im Felde und daheim werden hohe Anforderungen gestellt. Da ist es nur zu begreifen, daß Mißmut und Unzufriedenheit ausgelöst werden.

Diese Stimmung wird leider in unverantwortlicher Weise von einzelnen Leuten mißbraucht, die die Arbeiterschaft verlocken wollen, zu Mitteln zu greifen, die nicht im geringsten geeignet sind, die Last zu erleichtern, wohl aber den Druck steigern.

In anonymen Flugblättern, die im Laufe der letzten Monate in Partei- und Gewerkschaftskreisen verbreitet wurden, wird versucht, Haß und Mißtrauen gegen die von den Arbeitern selbst gewählten Vertrauensleute zu säen. Gegen Männer, die seit vielen Jahren an der Spitze der Organisation der deutschen Arbeiterklasse stehen, wird der Vorwurf erhoben, daß sie die sozialistischen Grundsätze preisgeben, die Beschlüsse deutscher Parteitage und internationaler Kongresse mißachten, Parteiverrat betreiben und anderes mehr.

Diese Verdächtigungen und wüsten Schimpfereien könnte man unbeachtet lassen, wenn nicht zugleich die Arbeiterschaft zu unbesonnenen Handlungen aufgefordert und gewissenlos die Propaganda für Streiks und Massenaktionen betrieben würde, für die die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei jede Verantwortung ablehnen müssen. Durch die Beschlüsse des Mannheimer Parteitages vom Jahre 1906 ist ausdrücklich die Vereinbarung mit den Gewerkschaften getroffen, daß bei politischen Massenaktionen vorher eine Verständigung und Beratung mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erfolgen muß. Wir konstatieren ausdrücklich, daß die sozialdemokratische Partei und die Leitung der Gewerkschaftsbewegung mit dieser Propaganda nichts gemein hat. Sie ist das Werk einzelner. Wohin soll es führen, wenn die Arbeiterschaft Aktionen unternehmen würde, die von Unberufenen auf eigene Faust und zwecklos eingeleitet sind? Die Folgen solch unbesonnener Handlungsweise müßte jeder einzelne tragen; denn weder die Partei noch die Gewerkschaften könnten hier mit Unterstützungen eingreifen.

Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, die Arbeiterschaft vor dem Treiben der im Dunkel der Anonymität wirkenden Protest- und Generalstreikapostel nachdrücklich zu warnen.

Die Einleitung von Lohnbewegungen und Streiks ist Aufgabe der zuständigen Gewerkschaftsorganisationen; sie tun zurzeit alles, um den berechtigten Forderungen ihrer Mitglieder Nachdruck zu verleihen.

In der Lebensmittelversorgung bestehen außerordentliche Schwierigkeiten; wir haben nicht unterlassen, mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln die hier auftretenden Mißstände zu bekämpfen. Unausgefüllt sind wir bemüht gewesen, die Leistungen der Fürsorge für die Arbeitslosen, die Kriegerfrauen, die Wittwen und Invaliden zu verbessern.

Ablehnen müssen wir indes, Mittel in Anwendung zu bringen, denen von vornherein jeder Erfolg versagt ist. Deshalb haben wir auch sofort nach der Verkündung des Kriegszustandes vor unüberlegtem Handeln gewarnt unter ausdrücklichem Hinweis auf die im Kriege geltenden Strafbestimmungen. Diese Warnung erneuern wir heute, wo mehr denn je kaltes Blut und ruhige Besonnenheit am Platze ist.

Gerade jetzt, wo an allen Fronten unsere Brüder im Waffenrock unter unfählichen Opfern dem gewaltigen Ansturm der gegnerischen Massenheere standhalten müssen, wo kurz vor der Ernte die Lebensmittelversorgung die größten Schwierigkeiten bereitet, müßte jede unbesonnene Aktion verhängnisvoll wirken und vor allem die Arbeiterklasse selbst am schwersten treffen.

Wie bisher, so muß auch im Kriege die einheitliche Aktion der Arbeiterklasse aufrechterhalten werden. Das war die Stärke der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, und diese wollen wir uns auch für die Arbeit nach dem Kriege erhalten. Wenn es ernst ist mit der deutschen Arbeiterbewegung, der weise diejenigen, die die Arbeiter zu törichten Handlungen verleiten wollen, mit aller Entschiedenheit zurück. Wer das putschistische Treiben einzelner, jeden Verantwortlichkeitsgefühls harer Personen mitmacht oder andere dafür zu gewinnen sucht, der dient weder der Arbeiterbewegung noch der Sache des Friedens, sondern trägt eher zur Verlängerung des Krieges bei.

Unsere wichtigste Aufgabe ist aber die baldige Herbeiführung des Friedens. Dieser großen Pflicht sind sich die berufenen Körperschaften der Arbeiterbewegung bewußt und sind unermüdet bestrebt, sie zu erfüllen.

Arbeiter, steht treu zu Euren Organisationen und weist alle Zersplitterungsversuche zurück!

Berlin, den 25. Juli 1916.

Der Parteivorstand.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

### An der Wende des zweiten Kriegsjahres.

Am 1. August hat der Weltkrieg sein zweites Jahr überschritten und noch läßt sich sein Ende nicht absehen. Es fehlt nicht an Friedenstauben, die uns von naher Aussicht auf Völkerrfrieden erzählen; aber so gerne wir alle der Volksgemeinschaft Glauben schenken möchten, so sehr widerspricht sie noch den Tatsachen, die wir tagtäglich feststellen können, und den Leidenschaften, mit denen wir noch immer zu rechnen haben. Das große Völkerringen ist gegenwärtig zu seinem Höhepunkt gelangt. Im Westen wird auf der ganzen Linie mit unerhörter Heftigkeit gekämpft, im Osten hat die Schlacht an mehreren Punkten der etwa 1300 Kilometer langen Front, vor allem im äußersten Norden und in der Bukowina von neuem eingesetzt. An der italienischen Grenze mag der Kampf ständig hin und her und auf dem Balkan beginnt das Ringen an der Wardarfront. Im Kaukasus, in Persien und Mesopotamien, am Suezkanal und in Arabien, in Tripolis und Marokko, in Ostafrika, überall sind die Kämpfe noch im vollen Gange, und ebenso lassen die Schiffsverluste in den europäischen Meeren nichts von einem Abflauen der Kampfeskraft erkennen. Eher deuten mancherlei Anzeichen auf eine Verlängerung des Krieges über den dritten Winter hin: der wachsende Druck der Ententemächte auf Griechenland und Rumänien, um diese zur Teilnahme am Kriege, und auf Italien, um es zur Kriegserklärung an Deutschland zu zwingen, ihr Druck auf die Neutralen, um Deutschland und Oesterreich-Ungarn wirtschaftlich zu erdrosseln, die neue Anleihe Englands und die Pariser Wirtschaftskonferenz, die sicherlich eher alles andere als ein Friedenssymptom ist. Auch die Sprache unserer Gegner verrät noch nichts von Erschöpfung der Kriegsleidenschaften. Es ist noch derselbe anmaßende Ton, derselbe Siegerwille, dasselbe Gelüste, uns die Friedensbedingungen zu diktieren. Gewiß hat man hier und da die Kriegsziele etwas eingeschränkt, aber Elßah-Lothringen will man noch immer an die Franzosen zurückgeben und die Dardanellen den Russen ausliefern, und je weiter ihnen diese Ziele entriickt sind, desto krankhaft zäher hängt man an diesen Illusionen fest und desto ungestümer rüttelt man alle Leidenschaften auf. Angesichts dieser Brandung, die uns von allen Seiten umtobt, wäre es töricht und frevelhaft, sich in nahen Friedenserwartungen zu wiegen und darüber den vollen Ernst der Stunde, die bittere Notwendigkeit der Gegenwehr zu verträumen. Der Frieden überfällt uns nicht im Schlafe, sondern auf den Schlachtfeldern stellt er sich ein, wenn die Kräfte der Gegner erlahmt sind, als Waffenstillstand nach blutigem Ringen, nach vergeb-

lichem Ansturm gegen die Mauern unserer Heere im Westen, Osten und Süden.

Vor Jahresfrist waren die Stellungen der deutschen Heere im Westen im wesentlichen die gleichen wie heute, nur der Umkreis um Verdun war ein größerer. Im Osten war der große Durchbruch in den Karpathen erfolgt, aber unsere Heere kämpften noch an der Weichsel und Narew und nur im Nordosten waren sie bis in die Gegend von Mitau gelangt. Serbien schwebte noch in Großmachtträumen und am Nonzo scheiterten die italienischen Angriffe an der Mauer der österreichischen Verteidiger. Vor den Dardanellen kreuzten die Flotten Englands und Frankreichs und in Mesopotamien waren die englisch-indischen Truppen bis in die Nähe von Bagdad gelangt. Das zweite Kriegsjahr brachte uns die erfolgreiche Abwehr aller französischen Offensivversuche an der Westfront und die der angekündigten „großen“ Offensive der Franzosen zuvorkommende deutsche Offensive auf Verdun, an der Ostfront das Vordringen der deutsch-österreichischen Heere bis zur Düna, Beresina, den Rohnitüsümpfen und zum Styr, im Süden die Waffengemeinschaft Bulgariens und die Entwaffnung von Serbien und Montenegro und die Besetzung von halb Albanien, die Vertreibung der feindlichen Flotten von den Dardanellen und die Gefangennahme der englisch-indischen Truppenmacht im Irak, zur See aber den Sieg in der Stagerat-Schlacht. Es schließt mit starken englisch-französischen Vorstößen an der Sommerfront und mit russischen Vorstößen in der Bukowina, Galizien und an der Düna, mit der Zurückdrängung der Russen aus Kleinasien und mit der Einleitung der Kämpfe am Wardar und am Suezkanal. Gewaltig sind die Kräfte, die augenblicklich gegen uns in Bewegung gesetzt werden, und die Gegner bieten alles auf, um ihre Heere im Westen durch italienische, im Osten durch rumänische Truppenmächte zu verstärken. Gewaltig sind aber auch die Kräfte Deutschlands und seiner Waffengefährten und unerschütterlich der Wille zum Siegen. Der Ansturm der Gegner wird sich an diesen ehernen Mauern brechen, daran zweifelt keiner. Opfer wird es leider mehr wie genug kosten, aber durch kommen sie nicht. Wir haben das Vertrauen zu unseren Fronten in Ost und West, daß sie dichthalten und die Heimat vor den Kriegsgreueln schützen. Und wir sind uns bewußt, daß wir unseren Brüdern im feldgrauen Waffenrock heißen Dank schulden für die Einsetzung ihres Lebens, dafür, daß wir uns heute, nach zwei Jahren des Weltkrieges, noch frei und sicher bewegen können und nicht gleich anderen Völkern unter der harten Kriegsnot zusammengebrochen sind. Wir danken es ihnen dadurch, daß wir ihnen ihre harte Pflicht erleichtern.

tern und erträglich machen, daß wir uns ihrer daheimgebliebenen Familien in liebevoller Fürsorge annehmen, daß wir die Wunden zu heilen, die Schmerzen zu lindern streben, die der Krieg geschlagen, und daß wir ihnen das Vaterland, für das sie sich opfern, lieb und wert erhalten.

Auch wir Daheimgebliebenen haben Pflichten zu erfüllen, und es bedarf nicht erst der zweiten Jahreswende des Krieges, um uns diese in Erinnerung zu bringen. Wir haben uns am Anfange des Krieges gelobt, einmütig auszuhalten, bis unsere Truppen siegreich zurückkehren. Noch ist der Krieg nicht beendet, aber von der großen Einigkeit ist nicht viel geblieben. Das Wort vom Burgfrieden ist schon beinahe verpönt. Man streitet sich über das Durchhalten oder um die Friedenspflicht, man rauft sich um die Kriegs- oder Friedensziele, man klagt sich gegenseitig des Eigennutzes an. Man verlangt von den anderen Neuorientierung und verhöhnt die Umlerner im eigenen Lager. Man zankt sich über alles und ist nur darin einig, daß es nicht so ist, wie es sein sollte. Aber keiner will die Schuld daran tragen. Und doch sollte heute die Einmütigkeit notwendig sein als am Anfange des Krieges, denn die zwei Jahre haben uns reichlich bewiesen, daß der Krieg an Blut und Gut, an Gesundheit und Menschenglück weit größere Opfer verlangt, als je vorausgesehen werden konnte, und daß diese Opfer durch keinerlei Kriegsgewinn aufgewogen werden können. Heute noch wie vor zwei Jahren ist dieser Krieg für uns im wesentlichen ein Verteidigungskrieg. Wir waren in der Verteidigung erfolgreich genug, die Kriegsschauplätze von unseren Grenzen möglichst fernzuhalten, aber jedes Erlahmen unserer Verteidigung würde den Krieg in das eigene Land verpflanzen und die Last der Opfer ver Hundertfachen. Deshalb ist der Burgfrieden heute noch das gleiche Zwangsgebot wie vor zwei Jahren und er sollte von allen als oberste Pflicht anerkannt und auch befolgt werden.

Wir haben ferner die Pflicht, vereint die Kriegspläne der Gegner, die Deutschlands Waffenerfolge durch wirtschaftlichen Druck und Lebensmittelblockade illusorisch machen wollen, zu vereiteln. Es wäre unverantwortlich unseren Verteidigern gegenüber gehandelt, wollten wir Deutschlands Widerstandskraft, die sie mit ihrem Blute festigen halfen, durch sinnlose Vergeudung der Lebensmittel untergraben oder durch unbillige Verteilung schwächen. Es ist wahr, daß die Lebensmittelversorgung nicht richtig organisiert ist, daß viele zu wenig erhalten, während manche keinerlei Mangel leiden, daß alles sündhaft teuer ist, obwohl oder vielmehr weil noch große Gewinne an dem Allernotwendigsten gemacht werden können, und daß diese Mißstände beseitigt werden müssen. Aber entfällt nicht auch ein Teil der Entbehrungen auf die Folgen des Krieges selbst, mit denen gerechnet werden mußte? Wer hätte je geglaubt, daß wir zwei Jahre lang Krieg führen und vom Weltverkehr abgeschnitten sein können, ohne verhungert zu sein? Wir haben trotzdem durchgehalten und haben Mittel, Methoden und Kräfte entdeckt, um mit den heimischen Vorräten und Erzeugnissen uns einzurichten, haben auf manchen Gebieten die Privatwirtschaft durch die Gemeinwirtschaft ersetzt und dem Eigennutz allerlei Schranken gezogen. Es klappt noch nicht alles so, wie es sollte, weil die Privatwirtschaft in der Erzeugung, Verteilung und im Verbrauch zu fest eingewurzelt war. Es würde besser gegangen sein, wenn wir mehr „militarisiert“ gewesen wären, aber wer wollte das ohne Vorbehalt herbeiwünschen. So be-

half man sich mit Gesetzen und Verordnungen, mit Strafandrohungen und Untersuchungen, deren erzieherische Gesamtwirkung sich gar zu langsam und oberflächlich äußerte, bis endlich das Kriegsernährungsamt mit dem starken Mann an der Spitze eingerichtet wurde. Aber auch dieser starke Mann hat zugestanden, daß er kein Diktator sein könne und wolle, daß er nur durch das Vertrauen der Mitbürger stark sein könne und daß er nur Vorhandenes zur Verteilung bringen könne. Man wird sicher auch nichts Unmögliches von ihm verlangen, aber erwarten, daß er über das Vorhandene Klarheit schaffe und daß er es unter möglichster Ausschaltung jedes unberechtigten Eigennutzes in gemeinnütziger Weise zur Verteilung bringe, sowie daß er seine volle Kraft zur richtigen Durchführung dieser Zuteilung einsetze. Die Ausschaltung des Eigennutzes wird zur Folge haben müssen, daß die Privatwirtschaft in noch ausgedehnterem Maße und konsequenter als seither durch die Reichsbewirtschaftung der Lebensmittel ersetzt wird und daß die Gemeinwirtschaft besser als seither überwacht wird. Zwei Umstände haben der Durchführung der Volksernährung am meisten geschadet: die übergroße Rücksichtnahme auf die Erzeuger im Reiche und die Begünstigung des privaten Zwischen- und Kleinhandels in den Gemeinden. Die Zwangsorganisation der Erzeuger und des Handels kann einen Teil der Mißstände beseitigen, wenn sie staatlich geleitet wird und wenn die Gewinne begrenzt werden; andernfalls wirkt sie als ein Privatmonopol zum Nachteil der Verbraucher, also der ganzen Nation. Dann wäre eine unmittelbare Verstaatlichung vorzuziehen, deren leitender Grundsatz aber ebenso die Ausschaltung jedes ungerechtfertigten Gewinnes sein müßte. Wir wissen nicht, mit welcher Dauer des Krieges wir noch zu rechnen haben, aber wir wissen, daß wir uns auch bei noch so langer Kriegsdauer ohne allzu große Entbehrungen einrichten könnten, wenn die Erzeugung und Verteilung der Lebensmittel richtig organisiert und der Vergendung durch strenge Verbrauchsregelung gesteuert würde. Wir wissen, daß wir keinen Ueberschuß haben, aber wir wissen auch, daß unsere Volksgenossen im Deere sich oft weit größere Entbehrungen bei all den Gefahren und Strapazen auferlegen müssen, und daß wir ihnen an Kraft und Entschlossenheit im Aus-harren nichts nachgeben dürfen und werden!

Die Milderung der Kriegsfolgen führt uns auf das weite Gebiet der Kriegssozialpolitik. Mit großen Hoffnungen haben wir uns nach den Enttäuschungen des ersten Kriegsjahres nicht getragen, aber es ist in diesem zweiten Jahr doch immer einiges erreicht worden, was als ernster Anfaß gelten kann. Die Arbeitsvermittlung ist zwar nicht gesetzlich, aber doch einigermaßen durch Bundesratsverordnungen geregelt und die Neuerrichtung öffentlicher Arbeitsnachweise angeordnet worden. Die Fachauschüsse für Heimarbeit sollen verwirklicht und Gewerkschaftssekretäre als Arbeitervertreter zugelassen werden. Bei der Invaliden- und Altersrentenversicherung ist die Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt worden. Die wirtschaftliche Zukunft der Kriegsinvaliden ist durch das Kapitalabfindungsgesetz, das bei Ansiedlung auf dem Lande die Umwandlung eines Teils der Rente in Kapital ermöglicht, freundlicher gestaltet. Die Schadloshaltung der vom Krieg durch Brand, Zerstörung, Plünderung oder Diebstahl Betroffenen ist gesetzlich geregelt. Vor allem hat die Rechtsstellung der Gewerk-

schaften unter dem Vereinsgesetz eine wesentliche Sicherheit erfahren, insofern sie künftig nicht mehr wegen Beschäftigung mit Fragen sozial- oder wirtschaftspolitischer Art als „politische Vereine“ behandelt werden können. Vieles bleibt noch zu wünschen übrig, namentlich hinsichtlich des Standpunktes der Staatsverwaltungen gegenüber dem Koalitionsrecht ihrer Beamten und Arbeiter, der weder etwas von der Neuorientierung im Sinne der soeben zum Gesetz erhobenen Vereinsrechtsnovelle noch von dem großen Vertrauen erkennen läßt, das der Reichszankler in diesen Tagen vom deutschen Volke forderte. Wie in der Ernährungsfrage, so kann auch in diesen Rechtsfragen der bürokratische Geist alle guten Absichten der Gesetzgeber vereiteln. Aber wenn die davon Betroffenen sich nur recht kräftig zur Wehr setzen, dann wird die Bürokratie doch wohl eher übel umlernen müssen. Die Eisenbahner haben sich eine neue Organisation geschaffen, die die Interessen ihrer Angehörigen im Rahmen der gesetzlichen Rechte vertreten wird.

So erfreulich das mutige Ausharren unserer Bevölkerung unter der durch die Kriegsnöte geschaffenen Lage ist, so unerfreulich haben sich die Zustände in der deutschen Arbeiterbewegung entwickelt. Die Gewerkschaften zwar hat das unüberbrückliche Einheitsgesetz, das ihnen in ihren Kämpfen zum Zwangsgebot geworden war, vor Zerrüttung bewahrt, aber die sozialdemokratische Partei ist im Begriffe, das Schicksal der politischen Internationale beim Kriegsausbruch zu teilen, d. h. in ihre heterogensten Bestandteile sich aufzulösen. Nachdem der Separatismus der Liebknecht-Mühle bei einem Teil der Reichstagsfraktion Nachahmung gefunden hatte, setzt sich der Zerstörungsprozess in die Organisationen fort und es gibt anscheinend keine Macht, die diese Selbstzerfleischung aufhalten könnte, da selbst einem Kriegsparteitag von den verschiedenen Minderheiten jede Autorität bestritten wird. Ob eine Vertreterkonferenz der Wahlkreisorganisationen den Sturm zu beschwören vermag, steht noch dahin. Man würde ja gerne jedes Mittel, auch das letzte, benutzen, um den drohenden Zerfall der Partei zu verhindern, aber wo der Wille zur Einmütigkeit so völlig abhanden gekommen ist, da versagen eben auch die Mittel. Die Gewerkschaften haben ein Lebensinteresse an einer starken Arbeiterpartei, die auch ihre Forderungen zur Geltung bringt. Sie werden getreu den Mannheimer Beschlüssen dem Parteivorstand zur Seite stehen und alles unterstützen, um die Partei aus dem gefährlichen Strudel der Leidenschaften herauszubringen. Sie könnten nur mit größtem Bedauern zugeben, daß die Partei sich durch Zersplitterung jedes politischen Einflusses beraubt.

So bedrückend diese lediglich die Arbeiterbewegung berührenden Kriegereignisse sind, so dürfen sie doch nicht zur Unterdrückung unserer Widerstandskraft führen, uns der Zukunft gegenüber nicht mutlos machen. Die deutsche Arbeiterbewegung hat wahrhaftig schon weit härtere Zeiten durchgemacht und sich nicht aufgegeben, sondern tapfer durchgehalten. Sie wird auch den Weltkrieg überstehen und im kommenden Frieden wieder aufbauen, was der Krieg zerstörte. Der Krieg hat große Lücken gerissen, aber neues Leben, das aus den Ruinen sproßt, wird sie wieder ausfüllen. Unerseßlich ist schließlich keiner, und am wenigsten das Alte, das sich krampfhaft gegen das Neue auflehnt. Der Krieg hat an manchen Traditionen gerüttelt, aber erst im kommenden Frieden wird es sich erweisen, was davon lebensfähig geblieben ist.

Nr. 31

## Gesetzgebung und Verwaltung.

### Eine Verpflichtung zur Leistung von Erntearbeit

hat das stellvertretende Generalkommando des 20. Armeekorps nach Nr. 28 der „Westpreussischen Landwirtsch. Mitteilungen“ gegen alle in der Heimat verbliebenen Personen, insbesondere auch Frauen und Kinder, erlassen. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit werde bestimmt, daß jede nach ihrem Stande, ihren Kräften und Fähigkeiten geeignete Person verpflichtet sei, soweit es ihre eigenen Verhältnisse zulassen, auf Erfordern bei allen landwirtschaftlichen Arbeiten im Bezirk ihres Wohnortes mitzuhelfen und die ihr übertragene Arbeit mit Sorgfalt auszuführen. Die Arbeit werde nach ortsüblichen Sätzen entlohnt. Gegen die Heranziehung zur Arbeit stehe die Beschwerde an den Regierungspräsidenten offen, die indes keine aufschiebende Wirkung habe. Atteste von Kreis- oder beamteten Ärzten befreien von der Arbeitsleistung. Die Arbeitsverweigerung wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bedroht. Als Arbeitsverweigerung gelte auch grobe Säumigkeit bei der Arbeit.

Diese Verordnung erscheint uns in mehr als einer Hinsicht bedenklich zu sein. Eine allgemeine Arbeitspflicht ist selbst in den Tagen, da die Erntebringung mit der Mobilmachung zusammenfiel, nicht einzuführen versucht worden, sondern man hat die freiwillige Hilfe der Bevölkerung aufgerufen und dieser Appell hat nicht versagt. Auch gegen die Bauern und Grundbesitzer ist es in den Zeiten der schlimmsten Lebensmittelnappheit stets abgelehnt worden mit Zwangsmassregeln vorzugehen, man begnügte sich mit der Beschlagnahme vorhandener Vorräte. Nach diesem Erlaß soll neben Kräften und Fähigkeiten auch der Stand der Personen maßgebend für die Arbeitspflicht sein. Das kann zu den willkürlichsten Unterscheidungen führen, die erbitternd wirken müssen. Besonders aber muß die harte Strafandrohung und die Beurteilung der Säumigkeit als Arbeitsverweigerung Widerspruch hervorrufen, zumal die Entscheidung darüber, was als Arbeitsverweigerung oder grobe Säumigkeit anzusehen ist, meist bei denselben Grundbesitzern liegen dürfte, in deren Interesse die Arbeit geleistet werden muß. Daß es im Osten vielfach an Händen zur landwirtschaftlichen Arbeit fehlt, daran tragen die Grundbesitzer vielfach selbst die Schuld. War es doch ein Landrat aus jener Gegend, der öffentlich feststellte, daß die Gutsbesitzer heimische Arbeitskräfte durch russische Gefangene ersetzt hätten. Bei solchen Auffassungen vom Arbeitsverhältnis wird das Pflichtgefühl gegen die Heimat nicht gestärkt. Das letztere kann aber nicht einfach durch Arbeitspflicht dekretiert werden. Gefangene kann man zur Arbeit zwingen, aber freie Menschen nicht. Da bedarf es doch etwas modernerer Mittel. Wir hoffen, daß diese Verordnung als eine bedauerliche Entgleisung bald wieder aufgehoben wird.

## Kriegsfürsorge.

### Arbeitsgemeinschaften und Berufsberatungsstellen.

Die praktische Tätigkeit der meist erst seit kurzer Zeit bestehenden Arbeitsgemeinschaften zur Kriegsbeschädigtenfürsorge kann sich noch nicht in großen Ziffern bekunden. Eine Umfrage hierüber machte jedoch einen Mangel offenkundig, der die Tätigkeit

verschiedener Arbeitsgemeinschaften von vornherein nachteilig beeinflusst und sie allmählich lahmzulegen droht. Dieser Mangel besteht darin, daß es an der notwendigen Verbindung zwischen den Beratungsstellen und den Arbeitsgemeinschaften für die einzelnen Berufe und Industrien fehlt.

Kriegsbeschädigte, für deren Beruf oder Betrieb eine Arbeitsgemeinschaft besteht, dürften weder unterhand noch durch den allgemeinen Arbeitsnachweis in Beschäftigung gebracht werden, ohne jedwede Verständigung mit der Arbeitsgemeinschaft. Die Kriegsbeschädigten müßten vielmehr nach erfolgter Berufsberatung von der Beratungsstelle zunächst an ihre Arbeitsgemeinschaft verwiesen werden. Es sei denn, wie im Berliner Gastwirts-gewerbe, daß ein paritätischer Facharbeitsnachweis besteht, dessen Träger zugleich die Arbeitsgemeinschaft sind.

An sich wäre es ganz gleichgültig, von welcher Stelle aus der Kriegsbeschädigte wieder ins Erwerbsleben eingeführt wird; kommt es doch schließlich darauf an, daß er eine geeignete und lohnende Beschäftigung findet. Allein mit der erstmaligen Arbeitsvermittlung dürften die Akten über den Einzelfall meist noch nicht geschlossen sein. Gerade dann erst beginnt die wichtigste Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft für den Kriegsbeschädigten. Ueber die Arbeitsleistungen sowie über die Lohn- und Arbeitsbedingungen auftretende Beschwerden sind zu prüfen und wenn möglich abzustellen, Streitigkeiten zu schlichten und, falls erforderlich, andere, geeignetere Arbeitsgelegenheit innerhalb des Betriebes oder sonstwo zu beschaffen. Kurzum, von der Berufsberatungsstelle übernimmt die Arbeitsgemeinschaft die weitere Fürsorge für den teilweise erwerbsfähigen Kriegsbeschädigten.

Vor allen Dingen ist hierzu notwendig, daß die Arbeitsgemeinschaft von jedem eingegangenen Arbeitsverhältnis, das nicht durch sie vermittelt wurde, Kenntnis haben muß. Und zwar nicht nur von der Tatsache, daß A. bei B. in Arbeit trat, sondern auch von den näheren Umständen, unter denen es geschehen ist, der Art der Beschädigung und der der Arbeitsverwendung. Die Arbeitsgemeinschaft muß von ihren Kriegsbeschädigten alles wissen, was mit ihrer Erwerbstätigkeit zusammenhängt; mit Ausnahme etwa der Rentenhöhe. Nur auf Grund ihrer Kenntnis des Einzelfalles, die sich jeweils aus der Personalkarte ergibt, und später auch aus der Praxis, wird es ihr möglich sein, im gegebenen Falle unverzüglich einzugreifen und dabei Mißgriffe zu vermeiden.

Die Arbeitsgemeinschaften befinden sich noch im Entwicklungsstadium; ihre Vermehrung und Ausbreitung ist im Interesse einer dauernden Kriegsbeschädigtenfürsorge dringend zu wünschen. Um so notwendiger ist es daher, von vornherein Fehler zu vermeiden, die diese Entwicklung hemmen. Hierzu bedarf es wohl nur einer Verständigung mit der zuständigen örtlichen Beratungsstelle oder dem Ortsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Jedenfalls müssen die Arbeitsgemeinschaften entschieden darauf bedacht sein, daß in ihre Tätigkeit nicht eingegriffen wird und sie nicht ausgeschaltet werden. Auch statistische Gründe und andere sprechen für eine bessere Fühlungnahme, doch es erübrigt sich wohl nach diesen Ausführungen, die Notwendigkeit eines besseren Einvernehmens zwischen Arbeitsgemeinschaften und Berufsberatungsstellen noch weiter zu begründen.

## Arbeiterbewegung.

### „Gewerkschaften und Parteistreit.“

In Nummer 29 geht das „Correspondenzblatt“ auf die Auseinandersetzung ein, die sich in der „Handlungsgehilfen-Zeitung“ zwischen einem Mitgliede und der Redaktion über die Stellung der Gewerkschaften zum Parteistreit abgepielt hat. Das „Correspondenzblatt“ behauptet, die „Handlungsgehilfen-Zeitung“ hätte wiederholt der Generalkommission und dem „Correspondenzblatt“ „Neutralität“ im Parteistreit gepredigt, sie selbst aber nicht geübt. „In Nummer 14 (der „Handlungsgehilfen-Zeitung“) unternimmt es der Genosse Martin Hirschfeld in verdienstvoller Weise, die Redaktion der „Handlungsgehilfen-Zeitung“ auf ihre Kreuz- und Quersprünge aufmerksam zu machen.“ Mit diesen Worten überhebt sich das „Correspondenzblatt“ selbst der Mühe, die von ihm aufgestellte Behauptung zu beweisen. Das ist zwar eine bequeme Methode, doch sie wirkt nicht gerade überzeugend.

In der Tat ist es aber der „Handlungsgehilfen-Zeitung“ bisher gar nicht eingefallen, von der Generalkommission oder ihrem Blatte „Neutralität“ im Parteistreit zu verlangen. Auf die Dauer ist es für die Gewerkschaften einfach unmöglich, nicht Stellung zu der Politik des 4. August zu nehmen. Das heißt natürlich nicht, daß sich die Gewerkschaften zu Schiedsrichtern in dem Parteistreit aufzuwerfen haben. Sie haben sich nur insoweit mit der Haltung der Partei zu beschäftigen, als dadurch ihre eigenen Interessen berührt werden. Darüber sind aber nach meiner Ansicht und auch nach Ansicht vieler anderer Gewerkschaftsgenossen die Generalkommission und das „Correspondenzblatt“ oft genug hinausgegangen. Und nur wenn das geschehen ist, hat die „Handlungsgehilfen-Zeitung“ dagegen Stellung genommen. Das geschah z. B. im Januar dieses Jahres, als das „Correspondenzblatt“ sich mit der Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigte und das Vorgehen der alten Reichstagsfraktion gegen die ausgeschiedene Minderheit als durchaus ungenügend scharf kritisiert hatte. Damals schrieb die „Handlungsgehilfen-Zeitung“: „Wir bezweifeln, daß durch eine derartige einseitige Stellungnahme zu den Streitfragen in der Partei den Interessen der Gewerkschaften wirklich gebient ist. Die Anhänger der Minderheit sind ebenso wie die Anhänger der Mehrheit nicht nur Parteimitglieder, sondern größtenteils auch Mitglieder ihrer Gewerkschaften. Nimmt die Gewerkschaftspressen in derartig einseitiger Weise zu den Vorgängen in der Partei Stellung, so werden die Anhänger der Opposition sich das auf die Dauer nicht gefallen lassen. Statt einer Einwirkung zugunsten des Friedens in der Partei wird durch eine solche Haltung der Gewerkschaftsblätter erreicht, daß der Streit aus der Partei auch noch in die Gewerkschaften verpflanzt wird. Und er wird dazu von vornherein dadurch vergiftet, daß einzelne Gewerkschaftsblätter sich nicht dazu aufschwingen können, beiden Parteien der Streitenden den guten Willen und die ehrliche Absicht, nur dem Interesse der Arbeiterschaft zu dienen, anzuerkennen.“ Als kurz darauf eine Vorstandskonferenz der Gewerkschaften sich auch mit den Vorgängen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigt hatte — eine Aussprache, die mit einer Befristung der am 7. Juli 1915 abgegebenen Erklärung endete —, da bemerkte die „Handlungsgehilfen-Zeitung“ dazu folgendes: „Wir erinnern gelegentlich dieses erneuten Versuchs, die Gewerkschaften auf die Politik der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

vorstände die zur Durchführung der Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse erforderlichen taktischen Maßnahmen zu beschließen haben. Vielleicht genügt dies dem Genossen Ohlhof, um sich selber künftig im Rahmen seiner eigenen Befugnisse zu halten und sich auf die Vertretung der wirklichen Interessen der Handlungsgehilfen zu konzentrieren, damit er nicht von seinen eigenen Verbandsmitgliedern zur Ordnung gerufen werden muß.

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Adam Dietrich, der frühere Vorsitzende des Deutschen Buchbinderverbandes, ist am 22. Juli in Stuttgart verstorben. Schon vor dem Ausnahmegesetz stand Dietrich inmitten der gewerkschaftlichen wie auch in der politischen Bewegung Stuttgarts, und während jenes Gesetzes war er einer der ersten an der Arbeit der Wiederaufrichtung seiner Berufsorganisation. Als dann nach 1885 der Zentralverband gegründet wurde, berief man Dietrich an die Leitung und übertrug ihm 1890 auch noch die Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“. Im Jahre 1904 wurde die Verlegung der Verbandsleitung nach Berlin beschlossen, und da Dietrich sich von Stuttgart, wo er seit 1897 in den Stadtrat gewählt war, nicht zu trennen vermochte, bewilligte ihm der Dresdener Verbandstag ein Ehrengeld von 2000 Mk. Am Abend seines tatenfrohen, arbeitsreichen Lebens hat sich Dietrich hauptsächlich der politischen und kommunalen Arbeit gewidmet, bis ihm ein schweres Leiden im 70. Lebensjahre ein Ziel setzte. Die deutsche Arbeiterschaft wird sein Andenken in Ehren halten!

Einen weiteren Verlust hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung durch das am 23. Juli erfolgte Ableben des früheren Geschäftsführers des Verbandes der Zigarrensortierer und Kistenkleber Karl Arnold in Hamburg erlitten. Seit 1885 in der Gewerkschaftsbewegung tätig, wurde er 1890 zweiter Vorsitzender des Zentralverbandes und später dessen Geschäftsführer. Nach der Verschmelzung des Verbandes mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband 1912 trat er als Sekretär in den Hauptvorstand des letzteren ein. Bald zog es ihn aber nach Hamburg zurück und in der „Volkspflege“ fand er am Abend seines Lebens einen Kassiererposten, den er bis zu seinem Ableben bekleidete. Auch dieses treuen Mitkämpfers werden unsere Genossen in Ehren gedenken!

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband feiert am 1. August sein 25jähriges Bestehen. Die Verbandsgründung wurde auf dem vom 1. bis 6. Juni 1891 in Frankfurt a. M. tagenden Metallarbeiterkongress beschlossen. Am 1. August 1891 trat der Verband ins Leben. Er hat in dem Vierteljahrhundert weit über eine halbe Million Mitglieder um seine Fahne geschart. Der Weltkrieg hat indes seine Reihen gelichtet. Ueber 300 000 Mitglieder stehen im Felde und etwa 13 000 deckt schon der Rasen. Nach dem Kriege wird der Verband bald wieder in alter Stärke dastehen. Mit dem Verbandsjubiläum fällt auch das 25jährige Dienstjubiläum seines Vorsitzenden Alexander Schlicke zusammen, der den Verband in kraftvoller und umsichtiger Weise geleitet hat. Die deutsche Gewerkschaftswelt nimmt an dem Ehrentag des Jubilars den herzlichsten Anteil.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ erscheint aus Anlaß des Jubiläums im Festgewand. Die Festnummer ist mit einer Reihe vorzüglicher Aufsätze der Redaktion sowie von Schlicke, Reichel, Steinmayer, Weißig, Mayer, Gué und Sebering

ausgestattet. Möge der Verband in ungebrochener Kraft den Krieg überdauern und immer den Ehrennamen tragen, den er vor dem Kriege inne hatte: die stärkste Gewerkschaftsorganisation der Welt zu sein.

## Lohnbewegungen.

### Die Lohnbewegungen des Deutschen Bauarbeiterverbandes im Jahre 1915.

Wenn es schon in normalen Zeiten schwer hält, in einer Organisation von dem Umfange des deutschen Bauarbeiterverbandes alle Lohnbewegungen bei einer Statistik zu erfassen, so ist dies für das Jahr 1915 vollständig unmöglich, zumal auch alle Bestrebungen der Arbeiterschaft, die darauf gerichtet waren, Teuerungszuschläge zu erlangen, hier einbegriffen werden mußten.

Die ständige Preissteigerung aller Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände übte aber auf die Arbeiterschaft einen gewissen Zwang aus zur Stellung von Forderungen, und wenn auch in solchen Gegenden, wo die Bauarbeit fast vollständig stille lag, von einer Durchsetzung der Forderungen mittelst Arbeitseinstellungen nicht zu denken war, so wurden doch in einer ganzen Reihe von Orten wesentliche Zugeständnisse gemacht. Das war besonders dort der Fall, wo es sich um die Ausführung von Staatsbauten oder solchen handelte, wo Heereslieferungen hergestellt werden sollten. Hier kam es fast in allen Fällen zu erfolgreichen Verhandlungen, vereinzelt auch zu Arbeitseinstellungen. Im allgemeinen aber war bekanntlich der Arbeitgeberbund des Baugewerbes als der Tarifkontrahent der Arbeiterorganisationen ein entschiedener Gegner der Zahlung von Teuerungszulagen und seine Organe haben sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, bei denen selbst Strafandrohungen gegen diejenigen Unternehmer, die der Zeit Rechnung tragend Lohnzulagen bewilligt hatten, gegen jegliche Lohnerhöhung gewandt.

Eine Ausnahme von der Regel bildete nur das Gebiet im Osten Deutschlands, soweit es durch den Einfall der Russen gelitten hatte. Hier trat die Unmöglichkeit klar zutage, bei den niedrigen Tariflöhnen genügend Arbeitskräfte zu bekommen. In dem Bezirk selbst waren diese Kräfte nicht aufzutreiben und so war man notgedrungen auf auswärtige Arbeiter angewiesen, die aber bei den niedrigen Löhnen nicht existieren konnten. Besonders die Lohnsätze der Hilfsarbeiter waren in den meisten Orten so niedrig, daß es ausgeschlossen erscheinen mußte, die erforderliche Zahl Leute zu erhalten. Da nahm sich der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen der Sache an und unter seinem Vorsitz fanden dann zwischen den Unternehmern und den Organisationsleitungen der Arbeiter Verhandlungen statt, bei denen der Mindestlohnsatz der im Bezirk ansässigen Maurer auf 55 Pf., der Lohn der Hilfsarbeiter auf 45 Pf. festgesetzt wurde. Darüber hinaus wurde aber für diejenigen Arbeiter, welche von auswärts, also außerhalb Ostpreußens herangezogen werden mußten, nicht nur freie Fahrt, sondern während der Fahrt ein Zehrgeld von 3,— Mk. pro Tag und außerdem während der Dauer ihrer Beschäftigung eine Auslösung von 1,50 Mk. pro Tag, einschließlich Sonn- und Feiertage, zugebilligt. Ferner mußten die Unternehmer sich verpflichten, für Schlafgelegenheit, eventuell durch Errichtung von Baracken zu sorgen. Die festgesetzten Mindestlöhne sind aber in sehr vielen Fällen sehr erheblich überschritten worden,

seit Kriegsausbruch festzulegen, an das, was wir schon zu dem Bericht über die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände vom 5. bis 7. Juli 1915 sagten. Die Vorstandskonferenz ist ein ausführendes, nicht aber ein richtunggebendes Organ der freien Gewerkschaften. Auch die wiederholte Stellungnahme der Konferenz kennzeichnet nicht etwa die Haltung der Gewerkschaften zur Politik des 4. August, sondern lediglich die Ansicht der Konferenzteilnehmer."

Es ist auch in dieser letzten Äußerung gar keine Rede davon, daß die Vorstandskonferenz etwa "Neutralität" üben solle. Es wird von ihr nur verlangt, daß sie ihre Kompetenzen nicht überschreiten solle. Das ist aber sowohl von den Vorstandskonferenzen, als auch von der Generalkommission und dem "Correspondenzblatt" fortlaufend geschehen. Dauernd ist von diesen Instanzen erklärt worden, die Gewerkschaften stehen auf dem Boden der Politik des 4. August, obwohl erst eine oder zwei Gewerkschaften sich mit dieser Frage auf ihren Verbandstagen beschäftigt haben.

Die "Handlungsgehilfen-Zeitung" hat also von den Instanzen nicht "Neutralität" verlangt, sondern sie hat lediglich verlangt, daß sie sich im Rahmen ihrer Befugnisse halten. Es ist ihr selbst auch keineswegs eingefallen, nun ihrerseits in denselben Fehler zu verfallen, den sie an der Generalkommission, am "Correspondenzblatt" usw. gerügt hat.

In einem Falle hat die "Handlungsgehilfen-Zeitung" jedoch auch Stellung genommen: zu den Kämpfen im Parlament um die Reichsvereinsgesetznovelle. Hier hat sie aber etwas getan, was durchaus im Rahmen ihres Aufgabekreises liegt. Es handelt sich bei dieser Angelegenheit um eine ur-eigenste Sache der Gewerkschaften. Wenn ich bei dieser Gelegenheit die Ansicht ausgesprochen habe, daß es auch im Interesse der Gewerkschaften besser gewesen wäre, die alte sozialdemokratische Fraktion hätte eine andere Taktik, nämlich die der "Arbeitsgemeinschaft" befolgt, so gebe ich unumwunden zu, daß diese Stellung mit meiner ganzen Auffassung über die Stellung der Arbeiterschaft zur Politik des 4. August eng zusammenhängt. Es ist eben so, daß die Auseinandersetzungen über die Taktik der Arbeiterbewegung, die jetzt toben und die nach dem Kriege ausgefochten werden müssen, nicht nur entscheidend für die Haltung der politischen Partei sind, sondern auch die Arbeit der Gewerkschaften stark beeinflussen werden. Und weiß ich weiß, daß die Aufrollung der Frage, ob die Haltung der alten Fraktion oder die der Arbeitsgemeinschaft bei der Behandlung der Reichsvereinsgesetznovelle richtig war, sofort zu einer Auseinandersetzung über die Stellung der Gewerkschaften zur Politik des 4. August werden würde, deshalb habe ich in der "Handlungsgehilfenzeitung" auch nicht das getan, was das "Correspondenzblatt" behauptet. Es schreibt nämlich: "... Das ist jedenfalls eine köstliche Antwort. Erst kritisiert die "Handlungsgehilfen-Zeitung" unsere Haltung zur Gewerkschaftsnovelle ausgiebig, und als sie dann von einem Verbandsmitgliede befragt wird, inwieweit die Novelle den Interessen des Verbandes zuwider ist, erklärt die Redaktion, "die Diskussion für unzeitgemäß". Die "Handlungsgehilfen-Zeitung" hat lediglich den Artikel Legienz "Teilweiser Erfolg oder zwecklose Demonstration" abgedruckt und dazu kurz bemerkt: "Die Regierungsvorlage wird nun wohl den Reichstag in zweiter und dritter Lesung glatt passieren und bald Gesetz werden. Wir können bei der Mangelhaftigkeit der Vorlage dieses Ergebnisses nicht froh

werden. Die alte sozialdemokratische Fraktion hat bei der Behandlung dieser Vorlage eine Taktik eingeschlagen, die uns mehr als bedenklich erscheint. Es ist unausbleiblich, daß es über diese Taktik, deren Wortführer offenbar der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften ist, auch innerhalb der Gewerkschaften noch zu lebhaften Erörterungen kommt."

Mit diesen Bemerkungen, die nach dem "Correspondenzblatt" eine ausgiebige Kritik seiner Haltung zur Gewerkschaftsnovelle darstellen, habe ich mich begnügt, um nicht die Auseinandersetzungen jetzt zu entfeffeln, die nach Rückkehr normaler Verhältnisse jedoch zweifellos kommen werden, jetzt aber in den Gewerkschaften nur Schaden anrichten können. Die Reichsvereinsgesetznovelle ist Gesetz. Wir können also den Streit vertagen, da er an den Dingen doch zurzeit nichts mehr ändern kann.

Auch die Anpassungen des "Correspondenzblattes", ich soll mit meinem Material herausrücken, jetzt gebe es kein Kneifen mehr usw., veranlassen mich nicht, meinen Standpunkt, die Diskussion jetzt "unzeitgemäß", aufzugeben. Nur Geduld! Ist der Krieg vorbei, können wir ohne jede Beschränkung wieder zu allen Gewerkschaftsgenossen — auch denen, die jetzt draußen stehen — reden, dann wird nicht nur über die Reichsvereinsgesetznovelle, sondern auch über die Stellung der Gewerkschaften zur Politik des 4. August und was damit zusammenhängt, zu reden sein. Bei einigermaßen gutem Willen brauchen diese Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften allerdings nicht die Formen und den Verlauf zu nehmen wie die Auseinandersetzungen, die gegenwärtig in der Partei stattfinden. Für die Partei war es leider unmöglich, den Streit der Meinungen zu vertagen. Für die Gewerkschaften ist die Sache anders. Was ich dazu beitragen kann, um zu verhindern, daß die Gewerkschaften von den Instanzen jetzt im Parteistreit für die eine oder andere Seite ausgespielt werden, werde ich auch fernerhin tun. F. D. H. Hof.

#### Zur Entgegnung.

Wir bringen diese Ausführungen des Redakteurs der "Handlungsgehilfen-Zeitung" zum Abdruck, obwohl sie den billigerweise zu beanspruchenden Raum weit überschreiten und eher eine Bestätigung als eine Widerlegung unseres Vorwurfs der einseitigsten Stellungnahme der "Handlungsgehilfen-Zeitung" enthalten. Wir möchten indes nicht dem Einsender Anlaß zu der so oft aufgestellten Behauptung geben, daß die Opposition nicht genügend zum Wort kommen könne. In der Sache selbst bestätigt der Einsender unsere Feststellungen, so daß wir nichts davon zurückzunehmen haben. Er gibt ihnen nur eine andere Deutung. Nicht Neutralität, sondern Zurückhaltung will er den Gewerkschaften gepredigt haben. Das ist ein Streit um Worte. Insbesondere sollen Generalkommission und Vorstandskonferenz den Rahmen ihrer Befugnisse überschritten haben, als sie am 7. Juli 1915 sich für die Politik des 4. August 1914 erklärte. Darüber mag Genosse Ohlhof die Gewerkschaftsvorstände selbst, als die dazu Berufenen, entscheiden lassen. Inzwischen kann er sich aus dem Regulativ über das Zusammenwirken der Gewerkschaften Deutschlands, das der Münchener Gewerkschaftskongreß beschlossen hat, davon überzeugen, daß die Generalkommission beauftragt ist, zur Vertretung der gemeinsamen Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands auch ein Zusammenwirken mit "den übrigen Vertretungen der Arbeiterbewegung" herbeizuführen und daß die Konferenzen der Vertreter der Central-